

Wichtigste ERGEBNISSE | Landminen-Monitor 2022

Im Jahr 2022 findet der 25. Jahrestag der Verabschiedung und der Freigabe zur Unterzeichnung des Vertrags über das Verbot von Antipersonen-Minen und der 30. Jahrestag der Gründung der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL) statt. Seit den Anfängen hat der Vertrag einen starken internationalen Rahmen für die Abschaffung von Antipersonen-Minen geschaffen und zu bemerkenswerten Ergebnissen beim Schutz von Leben und Lebensgrundlagen beigetragen. Der *Landminen-Monitor 2022* zeigt die Fortschritte und die verbleibenden Herausforderungen bei der Verwirklichung des Vertragsziels einer minenfreien Welt.

Obwohl in den letzten fünf Jahren keine Staaten beigetreten sind, sind 164 Länder an die Verpflichtungen des Vertrags gebunden und arbeiten an seiner Umsetzung, wobei die meisten der 33 Länder, die noch nicht beigetreten sind, die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags dennoch einhalten.

Eine der größten Herausforderungen für die Einhaltung der Bestimmungen gegen Antipersonen-Minen ist der Neueinsatz dieser Waffe. Im Berichtszeitraum stellte der Monitor neue Einsätze durch Nichtvertragsstaaten wie Myanmar und Russland sowie durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen (NSAGs) in mindestens fünf Ländern fest.

Die Zahl der Opfer von Landminen und explosiven Kampfmittelrückständen (ERW) war in den letzten sieben Jahren besorgniserregend hoch, nachdem sie mehr als ein Jahrzehnt lang historisch zurückgegangen war. Das Jahr 2021 bildete keine Ausnahme. Dieser Trend ist weitgehend das Ergebnis der seit 2015 beobachteten Zunahme von Konflikten und der Kontamination durch improvisierte Minen. Die meisten der erfassten Opfer waren Zivilist*innen, die Hälfte davon Kinder.

Während die Bemühungen um die Räumung von minenverseuchtem Land fortgesetzt werden, bleibt noch viel zu tun, insbesondere angesichts der langsamen oder fehlenden Räumung in vielen Vertragsstaaten sowie im Blick auf die Gewährleistung, dass die Bedürfnisse der Überlebenden von Landminen und der betroffenen Gemeinschaften angemessen berücksichtigt werden.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sowohl Länder innerhalb als auch außerhalb des Abkommens erhebliche Mittel für Minenräumaktionen bereitgestellt. Dies zeigt die starke transformative Kraft der Partnerschaft, die dieser humanitäre Abrüstungsvertrag verkörpert. Doch die ständig wachsende Zahl globaler Krisen und die steigende Nachfrage nach anderen Ausgaben machen die Situation immer prekärer. Dies hat in den letzten Jahren zu einem Rückgang der Unterstützung für Minenräumaktionen geführt. Um dies zu ändern, bedarf es einer besseren Koordinierung zwischen den Gebern und erheblicher Investitionen, um die Lücken in den nationalen Kapazitäten zu schließen.

Verbotspolitik

Einsatz

Von Mitte 2021 bis Oktober 2022 hat der Landminen-Monitor neue Einsätze von Antipersonen-Minen durch Myanmar und Russland bestätigt, die dem Landminen-Verbotsvertrag nicht beigetreten sind.

- Seit der Invasion Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 haben die russischen Streitkräfte mindestens sieben Arten von Antipersonen-Minen eingesetzt.
- Die Regierungstruppen in Myanmar haben während des Berichtszeitraums in großem Umfang Antipersonen-Minen eingesetzt, auch in der Nähe von Infrastrukturen wie Mobilfunkmasten, Bergbauunternehmen und Pipelines.

Nicht-staatliche bewaffnete Gruppen (NSAG) setzten im Berichtszeitraum in mindestens fünf Ländern Antipersonen-Minen ein: in der Zentralafrikanischen Republik, in Kolumbien, in der Demokratischen Republik Kongo, in Indien und in Myanmar.

Vernichtung von Lagerbeständen und gelagerte Minen

Die Vertragsstaaten des Landminen-Verbotsvertrags haben mehr als 55 Millionen gelagerte Antipersonen-Minen zerstört.

- Sri Lanka ist der letzte Vertragsstaat, der die Vernichtung seiner Antipersonen-Minen-Bestände im Jahr 2021 abgeschlossen hat, womit sich die Gesamtzahl der Länder, die die Vernichtung ihrer Bestände für abgeschlossen erklärt haben, auf 94 erhöht.
- Die Vertragsstaaten Ukraine und Griechenland verfügen zusammen über etwa 3,6 Millionen Antipersonen-Minen, die noch vernichtet werden müssen. Beide Länder verstoßen gegen den Vertrag, da sie ihre Fristen für die vollständige Vernichtung ihrer Bestände nicht eingehalten haben.
- Im Jahr 2021 wurden weder von Griechenland noch von der Ukraine gemeldete Minenbestände zerstört.

Insgesamt 69 Vertragsstaaten haben mitgeteilt, dass sie insgesamt mehr als 130.000 Antipersonen-Minen für Ausbildungs- und Forschungszwecke aufbewahren, davon 28 mehr als 1.000 Minen pro Staat.

Produktion

Der Monitor identifiziert elf Staaten als Produzenten von Antipersonen-Minen: China, Kuba, Indien, Iran, Myanmar, Nordkorea, Pakistan, Russland, Singapur, Südkorea und Vietnam.

- Das ist ein Land weniger als im Landminen-Monitor 2021 berichtet, nachdem die Vereinigten Staaten (USA) ihre Politik geändert und sich den meisten Kernbestimmungen des Vertrags, einschließlich des Verbots der Herstellung oder des Erwerbs von Antipersonen-Minen, angeschlossen haben.
- Die Staaten, die am ehesten aktiv Antipersonen-Minen herstellen, sind Indien, Iran, Myanmar, Pakistan und Russland.
- Russland hat neue Antipersonen-Minen entwickelt und produziert, deren Herstellung für die Jahre 2019 und 2021 angekündigt ist.
- Die ersten 700.000 Minen eines neuen Typs von Antipersonen-Minen wurden im Dezember 2021 an das indische Militär geliefert.

Die Auswirkungen

Getötete und verletzte Menschen

Im Jahr 2021 wurden mindestens 5.544 Opfer von Minen/ERW registriert: 2.182 Menschen wurden getötet und 3.355 Menschen wurden verletzt, während der Überlebensstatus von sieben Opfern unbekannt war.

- Mehr als drei Viertel der registrierten Minen-/ERW-Opfer waren Zivilist*innen, sofern ihr Status bekannt war (4.200).
- Fast die Hälfte aller zivilen Opfer, deren Alter bekannt war, waren Kinder (1.696).
- Wie in den Vorjahren machten Männer und Jungen die Mehrheit (81 %) aller Opfer aus, deren Geschlecht bekannt war (2.675).

Im Jahr 2021 wurden Opfer in 50 Staaten und anderen Gebieten festgestellt, von denen 36 Vertragsstaaten des Minen-Verbotsvertrags sind.

- Der Nicht-Unterzeichner-Staat Syrien verzeichnete das zweite Jahr in Folge die höchste Zahl jährlicher Opfer (1.227), dicht gefolgt vom Vertragsstaat Afghanistan (1.074), der seit mehr als einem Jahrzehnt mehr als tausend jährliche Opfer zu beklagen hat.
- Weitere Vertragsstaaten mit mehr als 100 registrierten Todesopfern im Jahr 2021 waren: Kolumbien, Irak, Mali, Nigeria und Jemen.

Verseuchung

Mindestens 60 Staaten und andere Gebiete sind durch Antipersonen-Minen verseucht.

- Dazu gehören 33 Vertragsstaaten, die sich gemäß Artikel 5 des Minen-Verbotsvertrags zur Räumung verpflichtet haben, 22 Staaten, die keine Vertragsstaaten sind, und fünf weitere Gebiete.
- Weitere sieben Vertragsstaaten müssen Informationen über eine vermutete oder bekannte Kontamination durch improvisierte Minen vorlegen: Burkina Faso, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Mali, die Philippinen, Tunesien und Venezuela.

Räumung

Die Vertragsstaaten meldeten die Räumung von mindestens 132,52 km² verseuchtem Land und die Zerstörung von mehr als 117.000 Antipersonen-Minen im Jahr 2021.

- Im Vergleich dazu wurden im Jahr 2020 146,04 km² geräumt und rund 135.000 Minen zerstört.
- Kambodscha und Kroatien meldeten für das Jahr 2021 die umfangreichste Räumung verminderter Gebiete, wobei sie zusammen mehr als 78 km² räumten und mehr als 7.500 Antipersonen-Minen zerstörten.
- Die Fortschritte bei der Räumung von Landminen waren in vielen Vertragsstaaten im Jahr 2021 vernachlässigbar: 11 Staaten räumten weniger als 1 km², und acht Staaten meldeten keinerlei Räumung von Antipersonen-Minen.

Dreiundzwanzig Vertragsstaaten haben Fristen für die Erfüllung ihrer Räumungsverpflichtungen nach Artikel 5 vor oder spätestens 2025, während für neun Vertragsstaaten Fristen nach 2025 gelten. Nur sehr wenige scheinen auf dem Weg zu sein, diese Fristen einzuhalten.

- Nur Sri Lanka und Simbabwe scheinen ihre Räumungsfristen einhalten zu können.

- Eritrea verstößt nach wie vor gegen den Vertrag, da es seine Räumungsfrist nicht eingehalten und keinen Antrag auf Verlängerung gestellt hat.

Risikoauflklärung

Risikoauflklärung der von Antipersonen-Minen betroffenen Bevölkerung wurde im Jahr 2021 in mindestens 30 Vertragsstaaten durchgeführt.

- 13 Vertragsstaaten gaben an, im Jahr 2021 einen Mechanismus zur Festlegung von Prioritäten für die gezielte Durchführung von Maßnahmen zur Risikoauflklärung eingeführt zu haben.
- Nur zwei der acht Vertragsstaaten, die einen Antrag auf Verlängerung ihrer Räumungsfristen bis 2022 gestellt haben, haben kostenpflichtige und detaillierte Mehrjahrespläne für die Risikoauflklärung vorgelegt.

Die Risikoauflklärung wurde in einigen Vertragsstaaten weiterhin durch die COVID-19-Pandemie beeinträchtigt, da Einschränkungen die Präsenz-Aktivitäten - wie Präsenz-Veranstaltungen und große Kampagnen - einschränkten und Schulen geschlossen blieben. In mehr als der Hälfte der Vertragsstaaten wurden Massenmedien und digitale Methoden eingesetzt, um Botschaften zur Risikoauflklärung zu vermitteln.

Hilfe für die Opfer

Im Jahr 2021 waren Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen nach wie vor unterfinanziert und standen in vielen Ländern vor immer größeren und zahlreicheren Herausforderungen, u. a. in Bezug auf Zugänglichkeit, Koordinierung, Fachwissen und Materialversorgung.

- Nur 14 der 34 Vertragsstaaten mit einer anerkannten Verantwortung für -Opfer von Minen und Blindgängern verfügten über Opferhilfe- oder einschlägige Pläne für Menschen mit Behinderung, um den Bedarf und die Lücken in der Unterstützung zu decken. Mindestens zehn müssen noch einen Entwurf für eine nationale Strategie zur Umsetzung der Opferhilfe erstellen oder annehmen.
- Mindestens 22 der Vertragsstaaten verfügten über "aktive" Koordinierungsmechanismen, und in zwei Dritteln der Vertragsstaaten nahmen Vertreter der Überlebenden an den Koordinierungsprozessen teil. Durch die COVID-19-Maßnahmen wurden diese Prozesse jedoch gestört und ihre Beteiligung eingeschränkt.
- In mehreren Vertragsstaaten waren die Gesundheitssysteme aufgrund von Krisen und Konflikten bis an den Rand des Zusammenbruchs gedrängt, während die Rehabilitationssysteme oft mehr Unterstützung benötigten als vor der Pandemie.
- In vielen der betroffenen Vertragsstaaten gibt es nach wie vor erhebliche Lücken beim Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten für Überlebende und andere Menschen mit Behinderungen, insbesondere in abgelegenen Gebieten, in denen Lebensunterhaltungsmöglichkeiten am dringendsten benötigt werden.

Unterstützung von Minenaktion

Im Jahr 2021 verringerte sich die weltweite Unterstützung für Minenaktion um 7 % (44,6 Millionen US-Dollar), wobei Geber und betroffene Staaten insgesamt 598,9 Millionen US-Dollar an internationaler und nationaler Unterstützung bereitstellten.

- Dreizehn betroffene Staaten stellten insgesamt 55,4 Millionen Dollar an nationaler Unterstützung zur Verfügung.
- Zweiunddreißig Geber steuerten insgesamt 543,5 Mio. USD an internationaler Unterstützung für Minenaktion bei (ein Rückgang um 4 % gegenüber 2020).

Die Geberbasis und die Gruppe der Länder, die die meiste internationale Minenräumhilfe erhalten, sind in den letzten zwei Jahrzehnten weitgehend unverändert geblieben, ohne dass es zu einer stärkeren Diversifizierung gekommen wäre.

- Auf die 15 größten Geber entfiel im Jahr 2021 mit insgesamt 524,5 Mio. USD (97 %) der größte Teil der gesamten internationalen Unterstützung. Die Abhängigkeit von einer kleinen Zahl von Gebern stellt ein ernsthaftes Risiko für die Nachhaltigkeit der Minenaktion dar.
- Die internationale Unterstützung für Opferhilfe erreichte den niedrigsten Stand seit 2016 (25,6 Mio. USD). Im Jahr 2021 erhielten 27 Vertragsstaaten mit einer beträchtlichen Anzahl von Überlebenden keine direkten Mittel für die Opferhilfe.
- Vertragsstaaten mit geringerer Landminenbelastung erhalten weiterhin weniger finanzielle Unterstützung. Neun von Minen betroffene Vertragsstaaten haben 2021 keine externe Unterstützung für die Durchführung von Räumungs- und/oder Risikoauflärungsprojekten erhalten.